This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Sun Nov 22 19:56:38 2026 / +0000 GMT

Die Verbraucher und Mieter sind Zuschauer und zahlen die Zeche

Niemand hat die Absicht einen Flughafen zu eröffnen

Niemand hat die Absicht einen Ponyhof wiederzueröffnen, Stadtrat ruiniert Gewerbebetrieb

Niemand hat die Absicht Alt-Mieter aus dem Innenstadtkern zu
vertreiben

Wenn Politiker einen Flughafen bauen, kann das nur in einem Fiasko enden, denn es wird alles doppelt so teuer und wie Insider wissen, fließen die Gelder in Kanäle wo, sie nicht hingehören und somit ist der Skandal schon in der Vorbereitungsphase vorprogrammiert. Das jetzt Unterlagen gesucht bzw. erstellt werden müssen, zeigt das ganze Desaster auf, und dass die Verantwortlichen, der Aufsichtsrat, nicht zur Rechenschaft gezogen werden, ist eine geübte Praxis, denn auf erfolgreichen Management folgen in aller Regel Abfindungssummen in Millionenhöhe. Als Bundeshauptstadt haben wir uns blamiert bis auf die Knochen. Das gesamte Management rund um den Flughafenneubau ist derartig laienhaft vorgegangen, dass bis zum heutigen Tag auch noch erhebliche Unsicherheiten für die Anwohner bestehen. Ein richtiges und wichtiges Signal wäre es, wenn die Verantwortlichen ihren Hut nehmen würden, dann
Verantwortung übernehmen, Verantwortung tragen heißt auch, in Haftung genommen zu werden.

Entgegen den Versprechungen des zuständigen Stadtrats in Spandau, die er am 13. Juli 2012 anlässlich einer Pressekonferenz der SPD machte, hat er seine Taktig zum erneuten Mal geändert und ist nicht bereit noch im
August Gespräche mit einer Bürgerinitiative zu führen und auch nicht mit dem Generalbevollmächtigten des Ponyhofs. Aus gut unterrichteten Kreisen aus dem Rathaus Spandau hört man, dass der Aufenthaltsort der Ponys nicht preisgegeben wird, denn die Informationen weisen auf einen unheimlichen Skandal hin, denn sie sollen aus angeblichen
Krankheitsgründen getötet worden sein.

Jetzt tauchen erste Dokumente auf, u.a. ein neunseitiges Pamphlet in dem völlig haltlose Anschuldigungen und Behauptungen aufgestellt werden von Seiten des Bezirksamts Spandau, die beim Abtransport der Tiere und zwar
zwangsweise am 23. Mai 2012 nicht bekannt waren und so auch nicht erhoben wurden. In 40 Jahren Ponyhof, es ist der ältestes in Berlin, hat es nie eine Verwarnung oder einen Bußgeldbescheid gegeben. Seit dem 6. März 2012 werden über den Zustand des Ponyhofs ausschließlich Unwahrheiten verbreitet. Die Betreiber des Ponyhofs und ihre Helfer können jederzeit wahrheitsgemäß erklären, dass erkrankte Tiere sofort dem Tierarzt vorgestellt wurden. Die Willkür des Veterinäramtes unter Leitung des zuständigen Stadtrats, hat den wirtschaftlichen Ruin des Ponyhofs und der Familie Eisenblätter jetzt zu vertreten. Die beauftragten Rechtsanwälte können nicht mehr bezahlt werden, so dass jetzt ausschließlich der Generalbevollmächtigte die notwendigen Verhandlungen und Schritte einleiten muss. Die Familie Eisenblätter, die Kinder aus der näheren Umgebung und viele Menschen die seit 40 Jahren treu zum Ponyhof gehalten haben, trauern um ihre Tiere, sind die eigentlichen Betroffenen und Spandau ist wieder ein Stück ärmer an traditioneller Einrichtungen, die für die auch folgenden Generationen ein gutes gehabt hätten. Der Generalbevollmächtigte des Ponyhofs fordert die Bezirksverordnetenversammlung auf, den Stadtrat abzuwählen, um einen Neubeginn im gesamten Ordnungsamt Spandau möglich zu machen.

Die Politik, das Kapital, die Wohnungswirtschaft und Interessenverbände modernisieren sich die Innenstadt Berlins schön, um dort die gehobene Mittel- und Oberschicht ansiedeln zu können. Nach der Modernisierung werden die Wohnungen zum Kauf angeboten, zu einem Quadratmeterpreis zwischen zwei- und fünftausend Euro, in Einzelfällen noch mehr. Kein Alt-Mieter und schon gar nicht Familien aus dem normalen Mittelstand oder Geringverdienende können hier ihre Heimat behalten. Wenn die Entwicklung so fortschreitet, wird es einen Verdrängungsprozess der unteren Bevölkerungsgruppe geben, die sich entweder auf dem preiswerten Lande, wo die Häuser ohnehin leer stehen, etwas suchen, oder die schlimmste Entwicklung könnte bedeuten, dass alte Siedlungen der russischen Alliierten aktiviert werden und in Einzelfällen sind auch Zeltstädte nicht völlig undenkbar.

Die Wahrheit ist unverrückbar zu den vorliegenden Fällen passt das Zitat von Martin Buber:
?Die Wahrheit ist dadurch in Frage gestellt, dass die politisiert wird.?

This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Sun Nov 22 19:56:38 2026 / +0000 GMT